



EU-Austrittspartei

Parteiprogramm

der EU-Austrittspartei

Stand: 16. Februar 2014



www.euaustrittspartei.at

info@euaustrittspartei.at

für Österreich



EU-Austrittspartei



Vorwort: Warum EU-Austritt?

"Die Leute gaben der EU einen großen Vertrauensvorschuß. Auch ich stimmte 1994 bei der Volksabstimmung für die EU. Leider hat die EU den Vertrauensvorschuß der Bevölkerung mehrfach grob mißbraucht. Die EU-Institutionen haben eine große Chance zunichte gemacht. Es ist höchst an der Zeit, dass Österreich einen Schlußstrich unter das EU-Abenteuer zieht und so rasch als möglich aus der EU austritt (wenn es geht, noch bevor der EURO umfällt)."

Mag. Robert Marschall, EUAUS-Parteiobermann

EU-Lügengebäude und EU-Mißstände:

Die „EU“ ist nicht „Europa“.

Die Europäische Union (EU) gibt gerne vor „Europa“ zu sein oder ganz „Europa“ politisch zu vertreten. Das ist aber nicht der Fall.

Länder wie die Schweiz, Norwegen, Island, Bosnien, Albanien, Serbien, Ukraine, Weißrussland, Teile Russlands liegen in Europa, sind aber nicht Teil der EU.

Wenn Österreich aus der EU austritt, wird es auch dann noch ein Teil Europas sein.

EU-Verbote: z.B. Glühbirnenverbote, Rauchverbote, Staubsaugerverbote, usw.. Die EU hat kein Recht die persönliche Freiheit derart massiv einzuschränken.

EU-Demokratiedefizit & EU-Bürgerrechtsdefizit:

Demokratie bezeichnet eine Regierungsform, die durch die Zustimmung der Mehrheit der Bürger und die Beteiligung der Bürger legitimiert ist. Deshalb wird Demokratie auch als „Volksherrschaft“ bezeichnet.

* In der EU gibt es keine Volksherrschaft. Es wird zwar ein Parlament von den Bürgern gewählt, allerdings hat das EU-Parlament in vielen Fragen nichts mitzuentcheiden. Das EU-Parlament ist daher nicht mehr als ein Scheinparlament.

* Der EU fehlt somit ein wesentliches Prinzip einer Demokratie, nämlich das der Gewaltenteilung. Die Gesetzgebung liegt großteils bei EU-Kommission und EU-Rat (= Exekutive; nicht vom Volk gewählt), aber nicht beim EU-Parlament. EU-Abgeordnete können nicht einmal eine Verordnung bzw. Richtlinie vorschlagen.

* Fehlende Rechtsstaatlichkeit: Demokratie baut auf einer Rechtsstaatlichkeit auf. Demokratie ist in der EU nur im geringen Ausmaß vorhanden. Wir erleben eine EU-Kommission, die sich nicht an EU-Verträge hält (z.B. Maastricht Vertrag, Vertrag von Lissabon), eine fehlende EU-Staatsanwaltschaft (zur Freude aller Lobbyisten und Korruptionisten), einen Europäischen Gerichtshof der immer im Sinne der EU-Kommission entscheidet, ganz gleich welche haarsträubenden Begründungen dabei erhalten müssen.

* Die Europäische Zentralbank EZB unterliegt überhaupt keiner demokratischen Kontrolle.

* Die EU entwickelt sich von einer Partnerschaft gleichberechtigter Staaten zu einer Herrschaft über EU-Europa. Nicht die Bevölkerung bestimmt, sondern die EU-Kommission bzw. die Regierungschefs von Deutschland und Frankreich.

* Das EU-Recht steht über österreichischem Recht. Dadurch ist in Österreich sogar das Volk mit seinen Volksabstimmungen in vielen Bereichen nicht mehr oberste Entscheidungsinstanz !!!

Atompolitik / EURATOM:

Österreich ist Mitglied von EURATOM.

Das kostet Österreich jährlich ca. 40 Millionen Euro, Geld das man für soziale Zwecke dringend benötigen würde.

Außerdem sei darauf hingewiesen, dass es in Österreich seit dem NEIN zu Zwentendorf einen Atomsperrvertrag gibt. Es ist daher nicht einzusehen, warum österreichisches Steuergeld für Atomforschung eingesetzt wird.

In der EU gibt es derzeit 143 Atomkraftwerke. Aufgrund der EU-"Stresstests" wurde kein einziges AKW abgeschaltet.

Am 31. Mai 2012 hat die EU-Kommission das Bürgerbegehren gegen Atomkraft abgelehnt. Die Begründung der EU: Die Forderung des Bürgerbegehrens verstoße gegen EU-Primärrecht. Damit gemeint ist der EURATOM-Vertrag, mit dem eine Förderung von Atomenergie vereinbart wurde. Das Bürgerbegehren wurde von 11 Umweltinitiativen (Titel "Meine Stimme gegen Atomkraft") eingebracht.

Zuwanderungsprobleme & Wirtschaftsflüchtlinge:

Der EU-Teufelskreis geht so:

1. Die EU und ihre Mitgliedsländer beuten Afrika – insbesondere seine Rohstoffe - aus und fischen die Meere rund um Afrika leer.
 2. Dadurch entsteht Armut und Hungersnot in Afrika.
 3. Aus diesem Grund sehen viele Afrikaner keine Überlebenschance in ihrer Heimat in Afrika und versuchen die Flucht übers Mittelmeer in die EU.
 4. Dabei sind in den letzten 25 Jahren schätzungsweise bereits über 20.000 Menschen ertrunken. (Ebenfalls einige tausende Menschen sind auf dem Weg in die EU beim Queren der Sahara verdurstet.)
 5. Gerettet werden von der EU bevorzugterweise die Banken und nicht Menschen. Banken bekommen zig Milliarden Euro an Subventionen. Für notleidende Menschen ist dann leider nicht mehr viel Geld für Hilfsleistungen übrig.
- Resümee: Die EU (-Militärunion) ist kein Friedensprojekt und insbesondere kein humanes Projekt.

Währungs- und Finanzprobleme

* Die EU gibt vor, eine Währungsunion zu sein.

Dabei gibt es per 1.1.2014 nur in 18 der 28 EU-Mitgliedsländer die „Einheitswährung“ Euro. EU-Mitgliedsländer die ihre nationalen Währungen beibehalten haben sind z.B. Großbritannien (Pfund), Schweden (Kronen), Tschechien (Kronen), Polen (Zloty), Ungarn (Forint) usw..

Die EU-Länder mit eigener nationaler Währung hatten das große Glück, an der EURO-Rettung nicht mitzahlen zu müssen. Alleine der ESM ist ein EURO-Rettungspakt über 700 Milliarden Euro.

Österreichs Anteil am ESM-Pakt beträgt 20 Milliarden Euro.

* Finanzprobleme der EU-Mitgliedsstaaten

Die EU-Mitgliedsstaaten halten sich nicht an EU-Recht. Im EU Recht sind die Kriterien für eine stabile EURO-Währung festgelegt. Diese sind:

Neuverschuldung maximal 3% Prozent des Bruttoinlandsprodukts,

Schuldenstand maximal 60 % des Bruttoinlandsprodukts.

Österreich hält sich nicht daran, ganz zu Schweigen von Griechenland, Spanien oder Italien.

Was macht die EU-Kommission, als angebliche „Hüterin der Verträge“?

Im Wesentlichen schaut die EU seit Jahren zu bzw. weg. Mehr nicht.

„Verzerrter Wettbewerb“

Die EU gibt vor, für den freien und unverzerrten Wettbewerb zu sein.

Das ist aber falsch.

Die EU genehmigt Milliardensubventionen für Banken, Eisenbahnen, Fluglinien und Landwirtschaft. So kann der freie und unverzerrte Wettbewerb nicht funktionieren.

Die Folge sind hohe Steuerlasten und Sozialabbau.

EU-Erweiterungen:

Seit Österreich der EU beigetreten ist gab es einige Erweiterungen, ohne daß in der EU die Zustimmung der jeweiligen Völker über Volksabstimmungen eingeholt wurde. Die EU-Erweiterungen waren:

1. Mai 2004: Mit der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 wurde die EU um 10 Staaten (von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten) erweitert. Es waren dies: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern.

1. Januar 2007: Rumänien und Bulgarien kamen zur EU

1. Juli 2013: Kroatien wird 28. EU-Mitglied.

Insgesamt waren es fast ausschließliche ärmliche Staaten nahe am Staatsbankrott. Mit der Osterweiterung sind sehr hohe Geldsummen in Osteuropa investiert (bzw versenkt) worden.

Die nächsten EU-Erweiterungskandidaten sind: Albanien, Bosnien, Serbien, Mazedonien und Türkei.

Das österreichische Volk wird – so wie die anderen Völker der EU – vermutlich wieder nicht abstimmen dürfen, sondern lediglich bezahlen müssen.

„EU-Militärunion“

Die EU gibt vor, eine „Friedensunion“ zu sein und hat sich sogar im Jahr 2012 mit dem schwedischen Friedensnobelpreis schmücken lassen.

Die EU gibt vor, seit dem Jahr 1952 für Frieden in Europa gesorgt zu haben, obwohl es die EU erst seit 1. Nov.1993 gibt. Aber auch die Vorgängerorganisationen waren keine Friedensgemeinschaften, sondern hauptsächlich Wirtschaftsgemeinschaften (EGKS, EWG, EG). Der militärische Arm „Westeuropas“ war die NATO, mit der man sich gemeinsam mit den USA im „Kalten Krieg“ gegen die Sowjetunion befand. Selbst nach dem Zerfall der Sowjetunion am 26. Dez. 1991 und dem kompletten Rückzug der sowjetischen Soldaten aus Osteuropa, wurde in Westeuropa der „Kalte Krieg“ fortgesetzt. Die USA hat nach wie vor ca 30.000 Soldaten in Deutschland stationiert. Die USA betreibt Militärstützpunkte auf EU-Territorium z.B. in Deutschland, Spanien, Griechenland, Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien. Offensichtlich ist die EU nicht willens EU-fremde Soldaten aus der EU zu verbannen.

Tatsächlich ist die EU nicht neutral und schließt auch keinerlei Angriffskriege aus. Gegen Libyen führten insbesondere die EU-Mitgliedsländer Frankreich, Großbritannien und Italien im Jahr 2011 Krieg, obwohl Libyen die EU gar nicht angegriffen hat. Tatsächlich hatte Libyen viele Milliarden Euro und Dollar Guthaben bei den Banken in der EU und Muammar al-Gaddafi plante Libyen von Dollar und Euro unabhängig zu machen z.B. über eine eigene goldgedeckte Währung. Das war möglicher Weise sein Todesurteil.

„EU-Privatisierungen“ bei Trinkwasser, Kanal, Spitäler stoppen. Aufgrund des Aufschreis der Zivilgesellschaft kommen diese nun nicht vor der EU-Wahl 2014.

Inhaltsverzeichnis

Parteiprogramm der EU-Austrittspartei (Österreichs)

Kapitel 1: Vision für Europa

- 1.1. Europa der souveränen Staaten
- 1.2. Souveräne Staaten mit guter Demokratie
- 1.3. EWR als europäischer Wirtschaftsraum
- 1.4. Geplante, schrittweise Auflösung der EU

Kapitel 2: EU-Austritt Österreichs

- 2.1.: Hauptziel der EU-Austrittspartei
- 2.2.: Allgemeines zum EU-Austritt Österreichs
- 2.3.: Rechtsgrundlage im EU-Recht

Kapitel 3: Unabhängigkeit

- 3.1.: Selbstbestimmung Österreichs statt EU-Fremdherrschaft
- 3.2.: Währung: Schilling statt (T)EURO
- 3.3.: Kontrollierte Staatsgrenzen und Grenzkontrollen
- 3.4.: Neutralität Österreichs
- 3.5.: Bundesheer und Landesverteidigung Österreichs
- 3.6.: Südtirol & Tirol & Österreich

Kapitel 4: Demokratie

- 4.1.: Gewaltentrennung
- 4.2.: Repräsentative Demokratie verbessern
- 4.3.: Direkte Demokratie & Volksabstimmungen ausbauen
- 4.4.: Bürgerrechte
- 4.5.: Bürgerinitiativen
- 4.6.: Klubzwang im Parlament abschaffen
- 4.7.: Korruptionsbekämpfung
- 4.8.: Politikergehälter
- 4.9.: Beamte und Beamtenauswahl für das zukünftige Österreich

Kapitel 5: Gesundheit & Umweltschutz

- 5.1.: EURATOM-Ausstieg und „Atomkraft nein Danke“
- 5.2.: Lebensmittelpolitik ohne Gifte und Gentechnik
- 5.3.: Fluglärm reduzieren
- 5.4.: Mobilfunk: Ja, aber mit weniger Strahlungsbelastung

Kapitel 6: Soziales

- 6.1.: Zuwanderungstopp
- 6.2.: Österreichische Staatsbürgerschaft
- 6.3.: Armut & Armutsbekämpfung in Österreich
- 6.4.: Kinder und Familie
- 6.5.: Pensionen
- 6.6.: Tierschutz

Kapitel 7: Staatshaushalt Österreichs / Budget

- 7.1.: Sparpaket: Am besten Kürzungen bei Korruption, EU-Zahlungen, Parteiensubventionen durchführen
- 7.2.: Steuerpolitik
- 7.3.: Transparenz-Datenbank

Kapitel 8: Verkehr

- 8.1.: Abschaffung der PKW-Autobahnmaut in Österreich
- 8.2.: Beschränkung des LKW Transits durch Österreich
- 8.3.: Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene

Kapitel 9: Wirtschaft

- 9.1.: Mehr Arbeitsplätze in Österreich durch Produktion im Inland
- 9.2.: Banken und Versicherungen
- 9.3.: Energiepolitik Österreichs
- 9.4.: Handelsbilanz Österreichs verbessern
- 9.5.: KMU: Stärkung des österreichischen Mittelstandes
- 9.6.: Landwirtschaftspolitik
- 9.7.: Währung: Schilling statt Euro (siehe Punkt 3.2.)
- 9.8.: Wirtschaftskammern: Zwangsmitgliedschaft abschaffen

Kapitel 10: Bildung

- 10.1.: Schulen
- 10.2.: Universitäten
- 10.3.: Bundesregierung & Schulverwaltung

Kapitel 11: Privates & Konsumentenschutz

- 11.1.: Keine Vorratsdatenspeicherung
- 11.2.: Keine Weitergabe von Fluggastdaten
- 11.3.: Biometrische Daten schützen
- 11.4.: Bankgeheimnis
- 11.5.: ORF-Gebühren abschaffen

Schlußwort

Grundsätzliche Ausrichtung und Organisatorisches:

- * Die EU-Austrittspartei ist für den sofortigen Austritt Österreich aus der EU
- * Die EU-Austrittspartei gibt es seit Oktober 2011. Sie ist eine Partei im Sinne des österreichischen Parteiengesetzes.
- * Die EU-Austrittspartei erhielt bislang keinerlei öffentliche Gelder, sondern finanzierte sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

- * Die EU-Austrittspartei schaffte bei der vergangenen Nationalratswahl 2013 die Kandidatur im Bundesland Vorarlberg und wird bei der kommenden EU-Wahl am 25.5.2014 antreten, sofern wir genügend amtliche Unterstützungserklärungen sammeln können. Die amtliche Frist wird voraussichtlich von 11.3. - 11.4.2014 sein.

Kapitel 1: Vision für Europa

1.1. **Europa der souveränen Staaten**, ohne fremde Soldaten im eigenen Land (d.h. insbesondere ohne USA-Soldaten und ohne russische Soldaten) und ohne eigene Soldaten im Ausland.

1.2. Souveräne Staaten **mit guter Demokratie**: Das beinhaltet ein faires Wahlrecht, regelmäßige Volksabstimmungen über wichtige Themen und eine funktionierende Gewaltentrennung der Staatsgewalten.

1.3. **EWR als europäischer Wirtschaftsraum**, wie der Name schon sagt.

1.4. **Geplante, schrittweise Auflösung der EU**, um die ersten zwei Punkte zu erreichen und um einen chaotischen Zerfall von EURO und EU zuvor zu kommen.

Kapitel 2: EU-Austritt Österreichs

2.1.: Die Chance des EU-Austritts

* Lieber ein rascher Ausstieg Österreichs aus der Europäischen Union, als Zahlungen und Schrecken ohne Ende. **Österreich ist immer EU-Nettozahler.**

* Je eher der Ausstieg, desto schneller können wir ein **Mehr an Demokratie und Bürgerrechten in Österreich** erlangen. Die Kosten der Währungsumstellung sind deutlich geringer als ein einziger Jahresbeitrag an die EU.

* **Die EU bringt Massenarbeitslosigkeit und Lohndumping.** Der hohe Wohlstand Österreichs ist nur mit einem EU-Austritt Österreichs aufrecht zu erhalten.

2.2.: Allgemeines zum EU-Austritt Österreichs

Es gibt für Österreich zwei Möglichkeiten, aus der EU auszutreten:

1. Variante: Gemäß dem EU-Vertrag von Lissabon ist für den sofortigen EU-Austritt die Zustimmung des EU-Parlaments und des EU-Rates notwendig. **Nach zwei Jahren ist der Austrittsantrag automatisch wirksam, also auch ohne Zustimmung des EU-Parlaments und des EU-Rates möglich.**

2. Variante: Falls sich die EU-Organe unfair und rechtswidrig verhalten, sofortige Einstellung der Zahlungen an die EU und abwarten, bis die EU Österreich ausschließt. Das wäre die billigste und schnellste Variante. Diese Variante ist nur im äußersten Notfall heranzuziehen. Da die EU schon jetzt selbst schwerwiegende Verstöße gegen EU-Recht durch viele EU-Mitgliedsstaaten akzeptiert - z.B. Bruch der Maastricht-Regeln und Bruch der No-bail-out Klausel – bräuchte Österreich kein allzu schlechtes Gewissen haben.

Anschließend wird es ein paar Jahre dauern, bis die Umstellungen bei den internationalen Verträgen und die Anpassungen in der Praxis abgeschlossen sind.

Exkurs: Umsetzung des EU-Austritts im Innenverhältnis Österreichs:

* EU-Austritt in einem Schritt mittels Gesamtänderung der Bundesverfassung: 2/3 Mehrheit der Nationalratsabgeordneten + Mehrheit im Bundesrat + Volksabstimmung

* EU-Austritt schrittweise Änderung der österreichischen Bundesverfassung auf Antrag von 1/3 der Nationalratsabgeordneten oder 1/3 der Bundesratsabgeordneten gemäß Art 44 B-VG Abs. 3 mit Beschluß von Nationalrat und Bundesrat.

2.3.: Rechtsgrundlage im EU-Recht

Art. 50 EU-Vertrag 30.3.2010

(Artikel 50 in neuer Fassung ersetzt Artikel 49a der alten Fassung.)

(1) Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.

(2) Ein Mitgliedstaat, der auszutreten beschließt, teilt dem Europäischen Rat seine Absicht mit. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus und schließt das Abkommen, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird. Das Abkommen wird nach Artikel 218 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ausgehandelt. Es wird vom Rat im Namen der Union geschlossen; der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

(3) **Die Verträge finden auf den betroffenen Staat ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens oder andernfalls zwei Jahre nach der in Absatz 2 genannten Mitteilung keine Anwendung mehr**, es sei denn, der Europäische Rat beschließt im Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat einstimmig, diese Frist zu verlängern. ... Qu => <http://dejure.org/gesetze/EU/50.html>

Kapitel 3: Unabhängigkeit

3.1.: Selbstbestimmung Österreichs, statt EU-Fremdherrschaft

* Die Selbstbestimmung Österreichs muß schnellstmöglich wiederhergestellt werden. Die wichtigsten Selbstbestimmungsrechte gibt es in folgenden Bereichen: Gesetzgebung, Militär, Währung, Staatshaushalt, Rechtsprechung.

* Stufenweiser Austritt aus der EURO-Zone, Schengen-Abkommen, EURATOM-Vertrag und zu guter Letzt: Austritt Österreichs aus der Europäischen Union.

* Selbstbestimmung im Alltag wieder ermöglichen z.B. bei den Glühbirnen, Duschköpfen und Wasserhähnen, gekrümmten Gurken, Zigarettenschachteln, usw.

3.2.: Währung: Schilling statt (T)EURO

* Sofortige Rückkehr zur Schilling-Währung.

* Die Österreichische Nationalbank könnte dann wieder eine Währungspolitik machen, die für Österreich optimal ist.

* Nur eine stabile Währung kann Wohlstand für die Bevölkerung bringen.

* Es gäbe weniger Risiko, dass Lebensversicherungen wertlos werden oder zumindest stark an Wert verlieren.

* Die Kosten der Währungsumstellung sind deutlich geringer als ein einziger Jahresbeitrag an die EU. Derzeit zahlt Österreich 2,6 Milliarden Euro EU-Mitgliedsbeitrag im Jahr !!! Zahlungen an ESM, EZB, EURATOM usw. sind hier noch gar nicht mitgerechnet.



3.3.: Kontrollierte Staatsgrenzen und Grenzkontrollen

Österreich sollte so rasch wie möglich

* aus den EU-Schengen-Verträgen aussteigen,

- * Grenzkontrollen an der österreichischen Staatsgrenze wieder einführen,
- * Österreichs Soldaten an der österreichischen Staatsgrenze einsetzen, statt in Serbien, Bosnien, Israel, Libanon, Afghanistan (Asien) und Mali (Afrika),
- * den Kriminalitätstourismus nach Österreich stoppen,
- * Menschenhandel, Drogenhandel, Waffenhandel, Giftmülltransporte stoppen und zwar bereits an der österreichischen Staatsgrenze,
- * die Verschiebung von gestohlenen Autos ins Ausland spätestens an der Staatsgrenze stoppen.

3.4.: Neutralität Österreichs

- * Wahrung der immerwährenden Neutralität Österreichs. Das Verzichten auf Angriffskriege und das Heraushalten aus fremden Kriegen und Konflikten ist die beste Friedenspolitik.
- * Sofortige Beendigung der Teilnahme Österreichs an der "NATO-Partnerschaft für den Frieden". (Denn auch wenn das Militärbündnis NATO versucht den Anschein von Frieden zu erwecken, so ist zu bedenken, dass die NATO nicht neutral ist und ein Angriffskrieg NATO-statutenkonform ist, z.B. Fall Libyen).
- * **Keine Teilnahme Österreichs an der EU-Battlegroup**
- * Austritt Österreichs aus der Europäischen Union (EU), weil bei der EU viele Mitgliedsstaaten dem Militärbündnis "NATO" angehören und die meisten Staaten nicht neutral sind. Eine EU-Mitgliedschaft ist mit Österreichs Neutralität unvereinbar.

3.5. Bundesheer und Landesverteidigung Österreichs

- * **Keine fremden Soldaten in Österreich**
- * **Keine Auslandseinsätze** des österreichischen Bundesheeres
- * Das österreichische Bundesheer soll die österreichische Staatsgrenze bewachen, statt die Grenze zwischen Israel und Syrien (= Golan-Höhen).
- * **Wahrung der immerwährenden Neutralität Österreichs** entsprechend dem österreichischen Neutralitätsgesetz.
- * **Keine Militärpartnerschaft mit der NATO, den EU-Truppen oder sonstigen ausländischen Truppen.**
- * Bestellung eines Verteidigungsministers, der zumindest einen 6-monatigen Wehrdienst beim österreichischen Bundesheer geleistet hat und militärische Grundkenntnisse vorweisen kann.
- * Einsatz von modernster Waffentechnik, z.B. von Bodenlufraketen.
- * **Erhöhung der Löhne für Grundwehrdiener und Zivildiene**r auf das kollektiv vertragliche Mindestlohniveau für Pflegeberufe, zumindest solange es den Präsenzdienst noch gibt. D.h. von derzeit 301 Euro auf 1500 Euro pro Monat.
- * Die zivile Landesverteidigung soll ausgebaut werden: Dezentralisierung der Energie- und Lebensmittelversorgung fördern. Großkraftwerke und große Lebensmittelumschlagplätze sind für Angreifer leicht zu zerstören.
- * **Die Katastrophenhilfe hat nichts mit der militärischen Landesverteidigung zu tun** und sollte daher an eine eigenständige Organisation abgegeben werden. Der Katastrophenschutz sollte fast vollständig an eine eigenständige Katastrophenschutzbehörde abgegeben werden, die dann die verschiedenen Blaulichtorganisationen und privaten Hilfseinrichtungen (Rotes Kreuz, freiwillige Feuerwehren, Bergrettung, usw.) im Katastrophenfall koordiniert. Die Hilfseinrichtungen sind aus dem Bundesbudget lokal vor Ort mit den nötigen Mitteln auszustatten.

* Verdoppelung des Verteidigungsbudgets von 2,2 Milliarden Euro auf 4,4 Milliarden Euro. Österreich liegt mit 0,7% des Bruttoinlandsproduktes im internationalen Vergleich sehr schlecht und das obwohl Österreich Grundwehrdiener einsetzt, deren Bezahlung weit unter dem Lohnniveau liegt. Die meisten EU-Länder liegen bei 1%-2% des BIP, Großbritannien, Frankreich, Griechenland und Bulgarien liegen sogar bei über 2%. (Qu Die Presse vom 15.4.2009)

3.6.: Südtirol & Tirol & Österreich

* Bei einem Austritt Österreichs aus der EU würde sich die Südtirolfrage neu stellen: Wollen die Südtiroler Teil von Italien bleiben oder wieder Teil von Tirol werden wollen (also gemeinsam mit Nord- und Osttirol)?

* Blicke Südtirol bei Italien, dann wäre Südtirol wieder durch eine eigene Währung und eine Staatsgrenze getrennt. Bei einer Entscheidung für Österreich wäre Tirol wiedervereint und die historische Wunde wieder verheilt.

* Am besten sollte diese Frage durch eine Volksabstimmung in Südtirol entschieden werden. Rechtsgrundlage ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker laut Völkerrecht. Im Falle des Ausgangs pro Österreich (= Zusammenschluß) sollte dann Österreich als aufnehmender Staat ebenfalls eine Volksabstimmung abhalten.

* Die EU-Austrittspartei Österreichs spricht sich klar für eine Aufnahme Südtirols zu Österreich aus. Sollte Südtirol bei Italien bleiben wollen, so ist das ebenfalls zu respektieren.

* Schuldenerlass: Österreich sollte Italien bei einem italienischen Staatsbankrott keine Schulden erlassen, solange Südtirol nicht zu Österreich gehört.

Kapitel 4: Demokratie

4.1. Gewaltentrennung / Gewaltenteilung

Der Sinn der Gewaltentrennung:

Die Gewaltentrennung benötigt man, um gesellschaftliche Ziele auf demokratischem Weg umzusetzen. Die Idee der Gewaltentrennung geht auf die staatstheoretischen Schriften von John Locke (1632–1704) und Baron de Montesquieu (1689–1755) zurück, die sich gegen Machtkonzentration und Willkür der absolutistischen Herrscher in Europa richteten. Die Gewalt sollte auf legislative, exekutive und judikative Gewalt aufgeteilt werden. Im Idealfall macht die gesetzgebende Gewalt (= Nationalrat und Bundesrat; Legislative) die Gesetze, die ausführende Gewalt (= Staatsverwaltung inkl Regierung; Exekutive) setzt die Gesetze um und die richterliche Gewalt (Gerichte mit unabhängigen Richtern; Judikative) urteilt über Verstöße gegen Gesetze und Verträge. Die Bürger müssen, damit diese Ordnung nicht zerbricht, einen hohen Grad von Verantwortung für das Gemeinwesen entwickeln. Es ist notwendig, dass die Bürger einander respektieren und ihre Handlungen dem Gemeinwohl unterordnen, das öffentliche Interesse vor das eigene Interesse stellen und ihr Vaterland lieben, so Montesquieu.

Andere Faktoren (Machtbereiche), die heutzutage einen großen Einfluß auf die Politik haben, sind die Medien, Wirtschaft & Lobbyismus sowie Geld & Währung. Damit Demokratie funktioniert, ist viel kritische Öffentlichkeit notwendig. Diese versuchen die Regierenden leider immer wieder zu beschränken und zu unterdrücken, damit sie weiterhin ihren Machtmißbrauch – meist zum Eigennutz - fortsetzen können.

Unterwanderung der Gewaltentrennung:

* Wenn die Regierung dem Parlament fertige Gesetze vorgelegt und das Parlament nur mehr darüber abstimmt, dann ist das undemokratisch. Das Parlament muß die Möglichkeit und Verpflichtung haben, Gesetze selbst zu erarbeiten.

* Gesetze mit 2/3-Mehrheit (Verfassungsgesetze) können vom Verfassungsgerichtshof nicht aufgehoben werden und werden so jeglicher Kontrolle entzogen. Das ist sehr bedenklich.

* Parteibuchwirtschaft und Klubzwang unterwandern die Gewaltentrennung. Auch wenn die Zuständigkeiten auf verschiedene Personen aufgeteilt sind, wird die Macht zentral von den Parteisekretariaten – in Österreich hauptsächlich SPÖ und ÖVP - gesteuert und zwar in allen Machtbereichen, also in Exekutive, Legislative, Judikative, Medien, Wirtschaft, Währungen, Militär. Diese Unterwanderung und Auflösung der Gewaltentrennung ist abzustellen.

Machtmißbrauch abstellen:

Macht kann aber auch mißbraucht werden und für andere Ziele, als für die Durchsetzung gemeinsam erzielter Entscheidungen verwendet werden. Durch gegenseitige Kontrolle soll ein Machtgleichgewicht gewährleistet werden. Nur durch die gegenseitige Kontrolle kann die Aufteilung der Macht überhaupt funktionieren. Man braucht Methoden, um den Machtmißbrauch einzudämmen. Je besser die Gewaltentrennung funktioniert und je geringer der Machtmißbrauch ist, desto mehr wird die Bevölkerung in Freiheit und ohne Angst vor Despoten leben können.

Gewaltentrennung bei der EU kaum vorhanden:

* Wollte die EU bei sich selbst Mitglied werden, würde sie ihre eigenen Voraussetzungen bezüglich Gewaltentrennung und demokratischer Kontrolle als Mitgliedsland nicht erfüllen.

* Die EU-Kommission und der EU-Rat - beides Organe der exekutiven Gewalt - beschließen EU-Richtlinien und sind daher gesetzgebend!!!

* Die nationale Exekutive ist auf EU-Ebene GLEICHZEITIG Legislative (=EU-Ministerrat), an deren Beschlüsse sich die nationale Exekutive (Bundesregierung + Staatsverwaltung) halten muß. D.h. Die nationale Exekutive macht sich derzeit ihre Gesetze selbst !!! Wie ein Demokrat PRO-EU sein kann ist uns rätselhaft.

* Das EU-Parlament kann kein EU-Recht initiieren. Auch sonst hat das EU-Parlament nur sehr eingeschränkte gesetzgebende Macht.

* EU-Parlamentarier werden von Lobbyisten gekauft oder unter Druck gesetzt. Dadurch vertreten die EU-Parlamentarier (=“Volksvertreter“) dann nicht mehr das Volk, sondern die Interessen der Auftraggeber.

* EuGH unterläuft Parlamentsbeschlüsse, indem er Entscheidungen meist im Sinne der EU-Kommission trifft. Diese hat durchaus andere Ziele, als das EU-Parlament.

* Alle Macht nach Brüssel? Grundsätzlich sollte sich jedes EU-Mitgliedsland die Frage stellen, wieviel Macht und Kompetenzbereiche es an die EU abgeben will.

Forderungen der EU-Austrittspartei:

* Österreich braucht wieder eine **funktionierende, möglichst weitgehende Gewaltentrennung bzw. Machtaufteilung**, mit einer Vielzahl von Kontrollmöglichkeiten.

* **Personen**, die für die legislative Gewalt kandidieren, **sollten nicht gleichzeitig oder innerhalb von 5 Jahren danach ein Amt** der exekutiven oder judikativen

Gewalt ausüben dürfen und umgekehrt. Ansonsten entsteht unweigerlich ein Interessenskonflikt, wenn nicht sogar ein Machtmißbrauch.

* Die Vertreter des Volkes in den drei Grundgewalten des Staates sollten von einander zeitlich getrennt gewählt werden. Kandidaten bei der exekutiven und judikativen Gewalt sollten **ausreichende Kenntnisse** haben und diese aufgrund ihrer bisherigen Berufslaufbahn nachweisen müssen. Weiters sollten die Kandidaten einen lückenlosen beruflichen Lebenslauf veröffentlichen müssen und ebenso die bisherigen Mitgliedschaften in Parteien und Vereinen. Nur so kann die Öffentlichkeit mögliche Befangenheiten und Abhängigkeiten frühzeitig erkennen.

* **Die Abgeordneten zum Bundesrat sollten vom Volk gewählt werden**, am besten im Zuge der Landtagswahlen in den einzelnen Bundesländern Österreichs.

* **Kontrollorgane** wie der Rechnungshof oder parlamentarische Untersuchungsausschüsse sollten zwingend **von der Opposition geleitet werden**.

* **Aufteilung der Ministerien auf die 9 Bundesländer** Österreichs, je nach deren Fähigkeiten (z.B. Landwirtschaft- und Innenministerium in Niederösterreich / Verkehr und Industrie in Oberösterreich / Außen- und Kulturministerium in Wien / Unterricht- und Wissenschaftsministerium in der Steiermark / Finanzministerium in Vorarlberg / Justizministerium in Salzburg / Verteidigung in Tirol / Tourismus in Kärnten / Gesundheit ins Burgenland). Dadurch würde sich die Regierungsmacht räumlich auf ganz Österreich verteilen und die Interessenskollisionen der handelnden Personen in Wien verkleinern. In weiterer Folge käme es zu einer besseren Akzeptanz der Regierung bei der Bevölkerung in ganz Österreich. Wien würde die Dominanz abgeben, aber auch das schlechte Wasserkopffimage in den Bundesländern allmählich verlieren.

* Eine Machtverteilung in der Gesetzgebung kann man dadurch erreichen, dass im Sinne des fairen Wahlrechts zumindest die unfaire 4%-Hürde für den Einzug ins Parlament abgeschafft wird. **Sehr kleine Parteien gehören besonders gefördert und nicht vom Parlament ausgeschlossen, wie bisher**. Das würde die Demokratie in Österreich deutlich beleben.

* **Werbeverbot von exekutiver, legislativer und judikativer Gewalt in Medien (4. Gewalt)**, da sonst die Medien aufgrund ihrer finanziellen Abhängigkeit von den Auftraggebern ihrer unbefangenen Kontrolltätigkeit („Wachhund“-Funktion für die Bevölkerung) nur eingeschränkt nachkommen können.

* **Entpolitisierung des ORF**, da sonst das Staatsfernsehen ebenfalls seine Unabhängigkeit nicht zurückerobert. Die Parteipolitik von Monika Lindner und Alexander Wrabetz im ORF sind abschreckende Beispiele.

* **Vierteljährliche Volksabstimmungen** über die wichtigsten Themen im Lande, damit das Volk bei Fehlentwicklungen jederzeit eine Kurskorrektur durchführen kann und nicht jahrelang auf einen Wahltermin warten muß, bei dem dann im Wesentlichen wieder nur „Pest“, „Cholera“ und „Thyphus“ als kandidierende Parteien zur Auswahl stehen.

* **Um den Machtmißbrauch gering zu halten** braucht es viel Transparenz und die Möglichkeit einer unkomplizierten öffentlichen Einsichtnahme. Das Amtsgeheimnis gehört großteils abgeschafft, da es leicht zur Verheimlichung von Korruption mißbraucht werden kann. Korruption – als Teil des Machtmißbrauchs – ist eines der Grundübel wie in den meisten Staaten dieser Welt, aber leider auch in Österreich ein - mit über 25 Milliarden Euro pro Jahr - besonders großes Übel.

* Da **die Europäische Union (EU) nur ein sehr schlechtes demokratisches System hat**, bei dem die Gewaltenteilung überhaupt nicht praktiziert wird und teilweise auch gar nicht vorgesehen ist, ergibt sich ein weiterer wichtiger Grund

möglichst rasch dieses EU-System zu verlassen. Es sollten keine Macht und keine Kompetenzen mehr an „Brüssel“ delegiert werden, wo großteils fremde Staaten und Lobbyisten über das tägliche Leben der Österreicher (z.B. Lebensmittel, Glühbirnenverbot, Staubsauger, usw.) und insgesamt über das Schicksal Österreichs entscheiden (z.B. in der Währungsfrage).

4.2.: Repräsentative Demokratie in Österreich verbessern

4.2.1. Leicht verständliches Wahlrecht

Das Wahlrecht sollte für alle Bürger, Kandidaten und Medienvertreter leicht nachvollziehbar sein. Dann ist die Akzeptanz in der Bevölkerung am höchsten.

4.2.2. Inländerwahlrecht

Das Wahlrecht soll auch in Zukunft nur für österreichische Staatsbürger bestehen und zwar in allen Bereichen und Ebenen. Dazu bedarf es eines EU-Austritts, denn laut EU-Recht sind auf Gemeindeebene auch Ausländer bereits wahlberechtigt. Die EU-Austrittspartei lehnt ein Ausländerwahlrecht ab.

4.2.3. Legislaturperiode wieder auf 4 Jahre verkürzen:

Je kürzer die Gesetzgebungsperiode im Nationalrat ist, desto besser ist die Kontrolle durch das Volk gewährleistet. Deshalb ist eine Verkürzung der Gesetzgebungsperiode von 5 Jahren auf die ursprünglichen 4 Jahre dringend notwendig. Das soll in Zukunft auch für Landtagswahlen, Gemeinderatswahlen und die Bundespräsidentenwahl gelten. Alle Parteien, die sich nicht vor den Wählern fürchten, müßten dem eigentlich zustimmen.

(Exkurs: Die Verlängerung der Wahlperiode der Nationalratswahl und somit die Einschränkung der Kontrollrechte durch die Wähler, wurde von SPÖ & ÖVP erst im Jahr 2007 mit der Wahlrechtsreform beschlossen.)

4.2.4. Wahlantritt neuer Parteien erleichtern:

* Die Abgabe einer Unterstützungserklärung sollte - genauso wie die Stimmabgabe bei der Wahl - anonym erfolgen.

* Die Abgabe einer Unterstützungserklärung sollte überall - z.B. auf der Straße, bei Veranstaltungen, usw. - möglich sein und nicht wie derzeit nur am Gemeindeamt bzw. Rathaus bzw. am Magistratischen Bezirksamt.

* Das Einbringen von Wahlvorschlägen - und somit die Kandidaturen - sollte kostenlos möglich sein. Das bedeutet, keine Behördenkosten für die Parteien und Kandidaten bei einem Wahlantritt, da dies speziell neue und sehr kleine Parteien massiv benachteiligt.

4.2.5. Geheime Stimmabgabe und faire Stimmengewichtung

* Wahlbetrug unterbinden (derzeit durch Stimmenkauf mittels Briefwahl möglich)

* Abschaffung der Briefwahl, da bei der Briefwahl keine Wahlbehörde mehr die persönliche und geheime Stimmabgabe garantieren kann. Dafür sollten die fliegenden Wahlkommissionen wieder eingeführt werden, um bettlägerigen Menschen in Spitälern und Altersheimen die Stimmabgabe zu ermöglichen.

* Jede Stimme soll gleich viel Wert sein. Daher streichen der 4%- bzw. 5% Hürde zum Einzug in Nationalrat und in die jeweiligen Landtage. Dadurch werden kleine Bevölkerungsgruppen besser im Parlament und in den Landtagen repräsentiert.

* Das in der Bundesverfassung (Art. 26 Abs. 1 B-VG) festgelegte Verhältniswahlrecht sollte auch tatsächlich umgesetzt werden. Beispielsweise sollte 1% der Stimmen auch 1% der Mandate ergeben. Das ist derzeit nicht der Fall

4.2.6. Unterstützungserklärungen:

Die Ungerechtigkeiten fangen derzeit schon lange vor der Wahl an, bei der Frage, welche Parteien überhaupt zur Wahl zugelassen werden. Die im Parlament vertretenen Parteien nehmen automatisch bei der nächsten Wahl teil, indem diese sich selbst zur Wahl vorschlagen. Nicht im Parlament befindliche Parteien müssen mühsam 2600 Unterstützungserklärungen sammeln, die von Beamten am Magistrat bzw. Gemeindeamt bzw. Rathaus beglaubigt werden müssen.

Wir fordern, dass jede Partei, die Unterstützungserklärungen von 500 Wahlberechtigten gesammelt hat - ganz egal in welchem Bundesland - , auf dem Stimmzettel steht und an der Wahl teilnehmen darf. Das würde vielen Kleinparteien eine Kandidatur bei den Wahlen ermöglichen und die Demokratie beleben. Siehe auch Parteiengesetz Artikel 1.

4.2.7. Stimmzettel

Wir fordern einheitliche, amtliche Stimmzettel bei allen Wahlen.

Bei Bundeswahlen sollte es nur einen Wahlkreis geben, nämlich ganz Österreich. Das ist bei der Bundespräsidentenwahl und EU-Wahl derzeit schon gesetzlich so geregelt, nicht jedoch bei der Nationalratswahl.

Dies würde Wahlmanipulationen erschweren und die Auszählung der Stimmen massiv vereinfachen.

Das Vorzugsstimmensystem sollte abgeschafft werden, da es ohnedies meist nur zur Bewerbung des Spitzenkandidaten mißbraucht wird (Ärgster Fall:

Vorzugsstimmenwahlkampf von Alexander van der Bellen bei der Wien-Wahl, der dann sein so gewonnenes Mandat gar nicht annahm!). Das derzeitige

Vorzugsstimmensystem macht die Auszählung außerdem extrem kompliziert.

4.2.8. Abschaffung der Briefwahl

Mit der Abschaffung der Briefwahl kann das persönliche, freie & geheime Wahlrecht durch die Stimmabgabe in behördlichen Wahlzellen garantiert werden. Mittels Wahlkarten könnte man auch - so wie früher - unterwegs in anderen Wahllokalen wählen gehen. Das reicht aus, um ein einfaches Wählen in ganz Österreich zu ermöglichen. Weiters sollten die fliegenden Wahlkommissionen wieder eingeführt werden, um bettlägerigen Menschen in Spitälern und Altersheimen die Stimmabgabe zu ermöglichen. Für Auslandsösterreicher sollte wieder die Stimmabgabe an österreichischen Botschaften und Konsulaten ermöglicht werden.

4.2.9. Streichung der Druckkostenbeiträge für die Wahlzettel:

Wieso bezahlt die Druckkosten für die amtlichen Wahlzettel nicht der Staat, sowie alle anderen Kosten der Wahldurchführung auch? Die EU-Austrittspartei ist jedenfalls für eine Streichung der Druckkostenbeiträge, da diese neue Parteien und Kleinstparteien massiv benachteiligen. Die im Parlament vertretenen Parteien bekommen Parteienförderungen vom Staat in Millionenhöhe. Tatsächlich gehören neue Parteien besonders gefördert, um die politische Vielfalt und den politischen Wettbewerb zu erhöhen.

4.2.10. Parteienförderung & Gehälter:

- * Wenn schon staatliche Parteienförderung aus Steuergeldern, dann für die Kleinparteien und nicht für die Großparteien, die ohnehin schon eine beherrschende Stellung haben.
- * Wir fordern deutlich weniger Gehalt für Abgeordnete. Das Gehalt sollte nach Anwesenheitszeit im Nationalrat bzw. Bundesrat ausbezahlt werden.

4.2.11. Transparenz:

- * Das Stimmverhalten der Abgeordneten soll protokolliert werden. Derzeit ist bei Gesetzesbeschlüssen nicht nachvollziehbar, welche Abgeordneten dafür oder dagegen gestimmt haben oder gar nicht anwesend waren. Damit können die Abgeordneten auch nie zur Verantwortung gezogen werden.
- * Verkürzung der Legislaturperiode auf 4 Jahre (so wie es bis 2007 der Fall war).
- * Gastredner im Parlament zulassen, z.B. NGOs, Bürgerlisten, Volksanwälte, Rechnungshofmitarbeiter, Aufsichtsbehörden, Journalisten, Experten.
- * Mehr Transparenz durch öffentlichen Zugang zu Ausschusssitzungen
- * Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht
- * Ein eigenes Parlamentsfernsehen soll ein freies Signal für Medienunternehmen anbieten.
- * Live-Übertragung der laufenden Sitzungen auf der Parlamentswebsite
- * ORF als Staatsfernsehen sollte verpflichtet sein, alle Nationalratssitzungen komplett im Fernsehen zu übertragen.

4.3.: Direkte Demokratie & Volksabstimmungen ausbauen

Auch zwischen den Wahlen sollen die Wahlberechtigten über die gesellschaftlichen Grundsatzfragen, aber auch über besonders umstrittene Fragen entscheiden können. Dies kann nur durch regelmäßige Volksabstimmungen erreicht werden. Die Österreicher & Österreicherinnen sollten über jene Themen abstimmen können, für die in einem Jahr jeweils die meisten Unterschriften gesammelt worden sind. Die Top-ten - also die zehn Anträge mit den meisten Unterstützungserklärungen - kommen dann 1x im Jahr zur Abstimmung. Schon lange überfällig ist aus unserer Sicht eine Volksabstimmung über den EU-Austritt Österreichs.

- * **Österreich braucht mehr Volksabstimmungen.** Seit dem Jahr 1955 gab es in Österreich zwei Volksabstimmungen. Das ist für eine gute Demokratie eindeutig zu wenig. Wie man sieht kann auch eine große Koalition aus SPÖ & ÖVP die großen Probleme dieses Landes nicht lösen.
- * Volksabstimmungen sollten **bei allen Verfassungsänderungen** verpflichtend sein. Immerhin sollte das Recht, gemäß der Bundesverfassung aus dem Jahr 1920, vom Volk ausgehen und nicht von den "Volksvertretern".
- * **Volksbegehren mit mehr als 1% der Wahlberechtigten** als Unterstützer müssen eine Volksabstimmung erzwingen können. Das sollte sowohl als Initiativrecht (Anträge auf neue Gesetze), als auch als Vetorecht (gegen Gesetzesbeschlüsse im Parlament) gelten. D.h. mit dieser Regel könnte ein Volksbegehren mit ca. 63.000 Unterstützungserklärungen eine Volksabstimmung erzwingen.
- * **Mandatsverlust:** Volksvertretern, die sich gegen Volksabstimmungen aussprechen und im Parlament sogar dagegen stimmen, muss unmittelbar danach ihr Mandat aberkannt werden. Diese Volksvertreter haben nämlich Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung nicht verstanden. Dort ist gesetzlich festgelegt: "Das Recht geht vom Volk aus".

4.4.: Bürgerrechte in Österreich

- * mehr Überwachung der Politiker und nicht der Bürger
- * Der **Datenschutz** hat Vorrang gegenüber der Überwachung der Privatsphäre. Bürgerdaten dürfen nicht weitergegeben werden, insbesondere nicht an ausländische Behörden oder Firmen.
- * **Mißstände und Willkür durch Jugendämter stoppen**, z.B. bei behördlichen Kindesabnahmen ohne Gerichtsbeschuß
- * Gesundheitsdatenspeicherung (ELGA-Projekt) stoppen.
- * **Abschaffung der Briefwahl**, da bei der Briefwahl keine Wahlbehörde mehr die persönliche und geheime Stimmabgabe garantieren kann. Dafür sollten die fliegenden Wahlkommissionen wieder eingeführt werden, um bettlägerigen Menschen in Spitälern und Altersheimen die Stimmabgabe zu ermöglichen.
- * **Jahresabschlüsse der Gemeinden, Städte, Länder und des Bundes sind zwingend zu veröffentlichen.** Ansonsten ist eine Kontrolle durch Journalisten und Bürger nicht möglich. Immerhin geht es um das Steuergeld aller Bürger /-innen.
- * Verschärfung der Anti-Korruptionsstrafgesetze gegen das Anfüttern von Beamten. Dadurch könnte sehr viel Steuergeld der Bürger gespart werden.
- * **Ende der Politjustiz:** Aufgrund diverser Ereignisse (Konsum-Pleite, BAWAG-Skandal, Hypo-Alpe-Adria Bankskandal, Kommunalkreditskandal, AKH-Skandal, Innenministerium-Skandale, Skylink-Skandal am Flughafen Wien, Nationalbank-Schmiergeldskandal, ...) kann man leider den Eindruck gewinnen, dass die Justiz und Gerichtsbarkeit nicht für alle Bürger gleich entscheidet, sondern Politiker der Regierungsparteien und Prominente bevorzugt behandelt werden. Der parteipolitische Einfluß auf die judikative Gewalt muß minimiert werden.
- * **Keine Impfpflicht**, weder für Kinder noch für Erwachsene, auch nicht durch die „Hintertüre“. Es sollte keine Kürzung des Kindergeldes bei Impfverweigerung geben. Die Wirkung von Impfungen ist sehr umstritten, Gesundheitsschäden als Nebenwirkung werden meist nicht bekannt gegeben, Förderungen für Pharma-Firmen sind zu stoppen z.B. Vogelgrippeimpfung usw.)
- * Sozialleistungen nur für österreichische Staatsbürger
- * **Keine Diskriminierung von Inländern** gegenüber Ausländern (z.B. bei der Vergabe von Gemeindewohnungen, Förderungen, usw.)
- * **Kindergartenrecht statt Kindergartenzwang;** Schulrecht statt Schulzwang. Grundsätzlich soll der Staat den Eltern nicht die Kinder wegnehmen dürfen, auch nicht temporär. Die Eltern sollen entscheiden, was für ihre Kinder am besten ist und nicht der Staat mit seinen Zwangsinstitutionen. Unter dem Deckmantel der „Ausbildung“ werden derzeit den Eltern ihre Kinder großteils entzogen. (Mehr dazu unter dem Kapitel 10. Bildung).
- * Staatliche Hilfen für Bedürftige, statt für Banken !!

4.5.: Bürgerinitiativen in Österreich

- * Mehr Bürgerbeteiligung
- Wir von der EU-Austrittspartei wollen eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung bei der Planung großer Projekte oder Reformen. Das würde viele soziale Spannungen vermeiden und viel Steuergeld einsparen. Die Bürgerbeteiligung sollte bereits bei der Ideenphase beginnen und in ihrem Verlauf ergebnisoffen sein.
- * Bürgerinitiativen müssen bei genügender Anzahl an Unterstützern auch Volksabstimmungen erzwingen können. Immerhin geht - laut österreichischer Bundesverfassung - das Recht vom Volke aus und nicht von den Politikern, die ja nur Bevollmächtigte der Bevölkerung sind.

* Eine Bürgerbeteiligung hilft die Transparenz zu erhöhen und dadurch die Korruption und eventuelle Schmiergeldzahlung zu verringern. Bürgerbeteiligung spart somit Steuergeld.

* Bürgerinitiativen und Betreiber von Volksbegehren sollten eine finanzielle Unterstützung in Form eines gedeckelten Kostenbeitrages von der Gemeinde / Land / Staat erhalten. Es kann nicht sein, dass engagierte Bürger ihre wertvolle Leistung für die Allgemeinheit sogar noch privat finanzieren müssen, so wie derzeit.

4.6.: Klubzwang im Parlament abschaffen

* Die EU-Austrittspartei ist gegen einen Klubzwang.

* Wir brauchen sinnvolle Lösungen für Österreich. Diese sollen mit der Bevölkerung, Mitgliedern und mittels interner Diskussionen zu den aktuellen Anlässen erarbeitet werden.

* Die Mitglieder der EU-Austrittspartei sollen durch Motivation und Überzeugung abstimmen und nicht aufgrund eines Zwanges.

* Stimmenthaltungen und Gegenstimmen sind bei uns auch in der eigenen Fraktion möglich. Andernfalls würde man ja jegliche Diskussion unterbinden.

* Glaubwürdigkeit gegenüber dem Wähler ist wichtig. Daher müssen alle Sprecher und Vorstandsmitglieder an der tatsächlichen Umsetzung des Programms der EU-Austrittspartei arbeiten.

* Jedem Mitglied und Mandatar muß daher klar sein, dass ein PRO-EU-Stimmverhalten (z.B. beim ESM, EURO, EURATOM oder bei EU-Steuern) zum sofortigen Ausschluß aus der EU-Austrittspartei führen würde.

4.7.: Korruptionsbekämpfung in Österreich

* Anfütterungsverbot: Die "Anfütterung" von Beamten sollte wieder gesetzlich verboten werden.

* Auftragssperre: 5 Jahre Sperre von jeder öffentlichen Auftragsvergabe für Firmen, die wegen Bestechungsversuchen oder tatsächlicher Bestechung verurteilt wurden

* kürzere Gerichtsverfahren bei Korruptionsdelikten

* mehr Planposten für die Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft

* Gefängnisstrafen statt Geldstrafen bei Verurteilung wegen Korruption. Das hätte eine abschreckende Wirkung, da ja Geldstrafen für gewisse „Herrschaften“ kaum ein Problem darstellen.

* unabhängige Gerichte und Justiz: die Parteibuchwirtschaft bei der Bestellung von Richtern und Justizbeamten muß endlich gestoppt werden.

* Offenlegung der Parteienfinanzierung: Dadurch sieht man, ob Firmen - die sich meist eine Gegenleistung erwarten - Spenden für Parteien getätigt haben. Die EU-Austrittspartei stellt übrigens den Jahresabschluß öffentlich ins Internet und ist daher vorbildlich. Wir nehmen nur Privatspenden an.

* Konsolidierte Jahresabschlüsse: Die Parteien sollen verpflichtet werden, jährlich konsolidierte Jahresabschlüsse - also unter Einschluss der von ihnen kontrollierten Unternehmen und Vereine - samt Ausweis von Spenden zu veröffentlichen. Spender über 1000 Euro sollten mit vollem Namen angeführt werden müssen, über 5000 Euro auch mit Wohnsitz.

* Volksabstimmungen abhalten über hohe Ausgaben von Steuergeld (z.B. Abfangjäger, Griechenlandhilfe, EURO-Rettungspakete) bzw. Privatisierungen (z.B. Wohnungen, Wasserleitungsnetze, Kanalnetze, Telekommunikationseinrichtungen, Wasserkraftwerke, AUA-Verschwendung, usw.). Damit macht es dann keinen Sinn mehr, einzelne Abgeordnete im Parlament bzw. Gemeinderäte zu bestechen.

4.8.: Politikergehälter

Offenlegungsverpflichtung: Sämtliche entgeltliche Tätigkeiten von Politikern sollten verpflichtend offengelegt werden müssen. Erst damit kann sich die Öffentlichkeit ein Bild machen, in welcher beruflichen Befangenheit die jeweiligen Politiker stecken und wieviel sie in Summe abzocken. Am besten wäre es, wenn der Einkommensbescheid des Finanzamtes ebenfalls veröffentlicht werden müßte.

* Politikerpensionen **sollten wie ASVG-Pensionen berechnet werden.**

* Die **Halbierung der Politikerbezüge** ist notwendig. Man könnte die Politikerbezüge auch erfolgsabhängig vom Budgetdefizit bzw. Budgetüberschuß machen. Dann wäre der österreichische Staatshaushalt rasch saniert.

* **Streichung des § 16 Bundesbezügegesetz.** Dadurch könnten Abgeordnete auf ihren Bezug verzichten und als Abgeordnete ehrenamtlich tätig sein. Dann würden diese Abgeordneten auch wieder als Ehrenpersonen angesehen werden.

4.9.: Beamte und Beamtenauswahl für das zukünftige Österreich

* **Ende der Parteibuchwirtschaft:** Bei der Auswahl von Beamten muss es klare Auswahlkriterien geben, transparente Ausschreibungen, Jobvergabe nach Qualifikation und nicht nach Parteibuch.

* **Korruptionsbekämpfung:** Wiedereinführung des Anführungsverbotes von Beamten.

* **Staatsanwaltschaft:** Die Tätigkeiten der Staatsanwälte sollten wesentlich besser überwacht werden. Insbesondere dort, wo Verdacht auf Amtsmissbrauch von Staatsanwälten besteht (zB unterlassene Amtshandlungen; "vergessene" Akten bis der Fall verjährt ist), werden öffentliche und transparente Verfahren benötigt, wo am Ende das Ergebnis im Detail bekannt gemacht wird.

* **Ende der vorzeitigen Zwangspensionierungen von Beamten:** Die Zwangspensionierungen von Beamten sollten schnellstens bei Post & Bahn beendet werden, im Speziellen dann, wenn das Problem der Unternehmen auf die Allgemeinheit der Steuerzahler verlagert werden soll. Damit ist weder den Betroffenen geholfen (die nur eine geringe Pension bekommen), noch der Gesellschaft (die noch mehr Steuern zahlen muss). Wichtig wäre eine sinnvolle neue Beschäftigung für diese Mitarbeiter.

* **Abschaffung der Politikerprivilegien:** z.B. Privatnutzung des Dienstautos, üppige Pensionsregelungen, Privatflüge und falsch deklarierte "Dienstreisen".

* **Der Betrieb der ÖBB muß selbsterhaltend sein.** Ende der Staatszuschüsse für den ÖBB-Betrieb. Die permanenten Staatszuschüsse sind den Steuerzahlern auf Dauer nicht zumutbar. Abschaffung der ÖBB-Beamten-Privilegien z.B. beim frühzeitigen Pensionsantrittsalter.

Kapitel 5: Gesundheit und Umweltschutz

5.1.: EURATOM-Ausstieg und „Atomkraft nein Danke“

* **Sofortiger Ausstieg Österreichs aus EURATOM,** dem EU-Forschungsprogramm für Atomstrom. Dieser **würde Österreich ca. 40 Millionen Euro im Jahr an Mitgliedsbeiträgen ersparen.**

* Atomkraftwerke NEIN DANKE

- * **Österreich sollte besser in erneuerbare Energien investieren**, z.B. in den Ausbau der Stromerzeugung aus Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie und in Techniken, die die Abwärme besser nutzen.
- * **Österreich könnte energieautark** - also unabhängig vom Ausland - **sein**. Warum nutzen wir diese Möglichkeit nicht?
- * Man könnte auch die Gelder für das CERN-Atomforschungsprogramm in der Schweiz streichen. Das würde Österreich ca. 20 Millionen Euro im Jahr ersparen.

5.2.: Lebensmittelpolitik ohne Gifte und Gentechnik

- * Österreich sollte wieder die **strengerer Lebensmittelgesetze und Lebensmittelkontrollen** einführen, die wir vor dem EU-Beitritt hatten.
- * **1,2 Millionen Unterschriften** des (Anti-) Gentechnikvolksbegehrens müssen von der Politik akzeptiert werden. Auch derzeit wollen laut Meinungsumfragen über 90% der Österreicher keine Gentechnik am Teller haben.
- * Statt Exporte zu fördern, sollte der **Inlandsabsatz** von österreichischen Produkten gefördert werden.
- * **Bauern** sollten wieder solide leben können und nicht permanent um ihre Existenz kämpfen müssen. Dazu braucht Österreich auch Schutzmechanismen gegen minderwertige Lebensmittel aus dem Ausland und ausländisches Preisdumping durch deren Exportförderungen. Nur mit Hilfe der österreichischen Bauern kann Österreich lebensmittelautark werden und deshalb fordern wir den EU-Austritt Österreichs. Die Bauern würden den Status wieder erlangen, den sie vor dem EU-Beitritt hatten.
- * Nach einem EU-Austritt reguliert Österreich die **inländische Preisgestaltung** wieder selbst und ist auch internationalen Spekulationen auf Nahrungsmittel nicht mehr so ausgesetzt.
- * **Mehrwertsteuerbefreiung für Lebensmittel**: Obst, Gemüse, Tees, Kräuter, Natur- und Wildreis (kein geschälter Reis), Honig.
- * Die EU-Austrittspartei fordert eine umfassende **Änderung des jetzigen Gentechnikgesetzes** (GTG), das die Einfuhr, den Vertrieb, Verkauf, Anbau, die Verarbeitung, in Verkehrbringung, Lagerung und die Durchführung von GVO (gentechnisch veränderten Organismen) verbietet. Es sind strengste Kontrollen durchzuführen und bei Zuwiderhandlung Höchststrafen zu verhängen. Um ein derartiges Gesetz für ein Gentechnikverbot durchsetzen zu können, muss Österreich aus der EU austreten.
- * Die EU-Austrittspartei ist **gegen Mogelpackungen**: „Wo Österreich drauf steht, muss Österreich drin sein!“

5.3.: Fluglärm reduzieren

- * **durch Nachtflugverbot** z.B. zwischen 23 - 6 Uhr
- * Die oft sinnlosen "Ausflüge" von Mitarbeitern zu "Meetings" in Brüssel und Frankfurt streichen. Stattdessen mehr **Video-Konferenzen** abhalten bzw. den Verkehr auf die Schiene verlagern. Weiters bringt der Transitflugverkehr Österreich kaum einen Mehrwert. Den kann man also gerne an andere Flughäfen abgeben.
- * **Flugbenzin (Kerosin) sollte besteuert werden**. Es ist nicht sinnvoll, daß Flugbenzin steuerfrei ist und Lebensmittel mit Steuern belegt sind.
- * Bei ausreichender Mandatszahl **wird die EU-Austrittspartei den Bau der 3. Piste am Flughafen Schwechat so rasch als möglich stoppen**.

5.4.: Mobilfunk: Ja, aber mit weniger Strahlungsbelastung

Mobilfunkstrahlung von Handymasten reduzieren; Anrainer schützen

1) Es bedarf **gesetzlicher Grenzwerte** die regeln, wieviel Strahlungsbelastung für die Anrainer zumutbar ist.

2) Weiters bedarf es der **Parteistellung der Anrainer** bei der Errichtung und beim Betrieb von Sendeanlagen. Durch eine Parteistellung könnten Anrainer ihre Rechte bei Gericht geltend machen. Das Recht auf Parteistellung ist leicht durch die Streichung der Ausnahmeregelung für Sendeanlagen im § 2 Telekommunikationsgesetz umsetzbar.

3) **Optimierung**: Ziel muß es sein die Vorteile des Mobilfunks so zu nutzen, dass die gesundheitlichen Schäden dadurch möglichst gering bleiben.

4) Mobilfunkbetreiber sollen verpflichtet werden **Strahlungsschutzmaßnahmen für die Anrainer** zu bezahlen, ähnlich wie beim Lärmschutz neben Autobahnen.

5) **Die Umweltschutzverbände der Bundesländer sollen endlich die Messergebnisse ihrer Mobilfunk-Strahlungsmessungen veröffentlichen.** Diese wurden immerhin aus Steuergeld finanziert. Die Wahrheit ist der Bevölkerung zumutbar.

Kapitel 6: Soziales

6.1.: Zuwanderung nach Österreich deutlich einschränken

Die EU-Austrittspartei ist für massive Zuwanderungsbeschränkungen von ausländischen Zuwanderern nach Österreich. Anders wird der soziale Friede in Österreich nicht aufrechtzuerhalten sein. Der österreichische Steuerzahler darf durch Zuwanderung nicht der „Dumme“ sein.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft sollte frühestens nach 10 Jahren Hauptwohnsitz in Österreich + gute Integration + gute Deutschkenntnisse + Bekenntnis zu Österreich möglich sein.

6.2.: Österreichische Staatsbürgerschaft

* Die österreichische Staatsbürgerschaft **soll erhalten bleiben** und nicht durch eine EU-Bürgerschaft ersetzt werden.

* Als Voraussetzung zur Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft muss eine **hohe Identifikation des Antragstellers mit der österreichischen Kultur und den österreichischen Werten** nachgewiesen werden. Die deutsche Muttersprache und das Vaterland Österreich sind uns wichtig.

* Die **Vergabe** der österreichischen Staatsbürgerschaft soll nicht erleichtert, sondern **massiv erschwert werden.** (siehe auch das Thema => Zuwanderungsbeschränkungen)

* An die Staatsbürgerschaft ist auch der Reisepass geknüpft. Auf dem **österreichischen Reisepass** hat die "Europäische Union" nichts zu suchen.

* **Doppelstaatsbürgerschaft lehnen wir ab.** Jemand soll sich zu Österreich bekennen oder es bleiben lassen. Durch Doppelstaatsbürgerschaften wird nur ein Rosinenpicken ermöglicht.

* Langsam aber sicher muss man auch über die **Aberkennung** der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Verrat am Vaterland Österreich nachdenken.

6.3.: Armutsbekämpfung in Österreich

* **Hilfe für Bedürftige statt für Banken, Pleitestaaten und EU**

* **Abschaffung der Steuern auf Lebensmittel** und dafür Einführung von Steuern auf Flugbenzin (Kerosin).

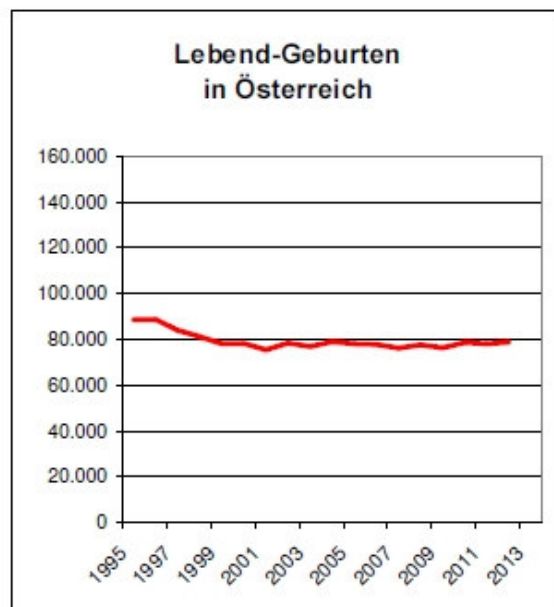
* Leistung muss sich wieder lohnen! **Arbeiter und Angestellte müssen von ihrer Arbeit auch leben können.**

* Die Einkommen für Erwerbsarbeit müssen in den nächsten Jahren auf **lebensfähige Einkommen** nach und nach angehoben werden.

* Schaffen wir ein **Mütter- oder Elterngeld** in Höhe von Euro 1.000,- netto im Monat für einkommensschwache Familien. Für Kinder sollte es gestaffelt je nach Alter ein Kindergeld zwischen Euro 500,- und 850,- im Monat geben.

* **Schaffung von mehr Obdachlosenheimen:** Jeder Obdachlose soll eine Unterkunft (Zimmer) mit Stromversorgung und Heizung bekommen und täglich mindestens mit einem ausreichenden warmen Essen versorgt werden. Niemand soll auf der Straße übernachten müssen. Kein Österreicher soll wegen der EU frieren oder erfrieren.

6.4. Kinder und Familie:



* **Österreich sollte kinderfreundlicher werden.**

* **Familie muß leistbar sein.** Ein(e) Alleinverdiener/-in sollte eine Familie erhalten können. Derzeit ist es so, dass viele Familien bereits ab 2 Kindern armutsgefährdet sind, selbst wenn Vater und Mutter arbeiten gehen. Unser Ziel ist: Ein Elternteil geht arbeiten, ein Elternteil kümmert sich um die Kinder und ihre Erziehung. Kinder brauchen Eltern, die für sie da sein können. Paßt die Erziehung und Kinderbetreuung, dann wird es auch weniger Kriminalität unter Jugendlichen geben.

* **Die Zukunft Österreichs liegt sicherlich bei den österreichischen Kindern** (somit bei einer höheren Geburtenrate) und nicht in der massiven Zuwanderung von Ausländern, samt deren Kindern. (Alleine im Jahr 2012 gab es 140.000 ausländische Zuwanderer nach Österreich !!!)

* **Hilfen für Kinder, statt für Banken, Pleitestaaten und EU.**

- * Wenn österreichisches **Steuergeld in Österreich bleibt** (statt an EU, Griechenland, Zypern und ausländische Banken verschenkt zu werden) dann ist auch eine sehr viel bessere Familienpolitik in Österreich möglich.
- * Wiedereinführung der staatlichen **Geburtenbeihilfe**.
- * **Gratiskindergarten** (aber ohne Kindergartenzwang)
- * Mehr finanzielle Unterstützung der Schulkinder bei der Sportwoche / Schulschiwoche
- * Wieder die Möglichkeit des **Unterrichts zu Hause** schaffen, diesen aber nicht kriminalisieren.
- * Selbst in österreichischen **Kinderheimen** ist Kindesmißbrauch leider teilweise immer noch der Fall. Gerade in Kinderheimen sollten Kinder sicher sein und Kindesmißbrauch sofort gestoppt werden. Dafür sollte es mehr Betreuungs- und Aufsichtspersonal geben.

6.5.: Pensionen: Mehr Geld für Pensionisten, statt für Banken und EU

- * **Mehr Geld für Österreichs Pensionisten**, statt für Banken, Pleitestaaten und EU. Das ist von allen Maßnahmen die allerwichtigste Maßnahme zur Rettung des österreichischen Pensionssystems !!!
 - * Pensionsanpassung **zumindest in der Höhe der Inflationsrate**
 - * **Faires Pensionssystem schaffen**.
(Die Frühpensionierungen bei ÖBB, aber auch bei der Gemeinde Wien und Landesbediensteten sind zu tiefst ungerecht gegenüber der anderen arbeiteten Bevölkerung. Das "normale" Volk muss unter der derzeitigen SPÖ-ÖVP Bundesregierung länger arbeiten und bekommt dafür meist weniger Pension.)
 - * **Abschaffung der Privilegien für Politiker** (Politikerpensionen).
 - * Einheitliche Regelung zum Pensionsantritt für Männer und Frauen.
- Zwangspensionierungen sind abzuschaffen.** Jeder soll selbst frei entscheiden, wann er oder sie in Pension gehen will. Je nachdem fällt die Pension höher oder tiefer aus. Ein flexibles System macht ein einheitliches Pensionsantrittsalter obsolet.
- * Bei Frauen mit Kindern: **Anrechnung der Kindererziehungszeiten** bei der Pensionsberechnung.

6.6. EU-Todesstrafe abschaffen !!!

Die EU hat die „Tötung“ eines Menschen bei „Aufstand und Aufruhr“ legitimiert und weiters die „Todesstrafe für Taten vorgesehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden“. **SPÖ-ÖVP-Grüne haben dem zugestimmt, mittels EU-Vertrag von Lissabon.**

In Österreich ist übrigens die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) für die Exekution dieses unmenschlichen EU-„Rechts“ zuständig.

Die EU-Austrittspartei ist gegen die EU-Todesstrafe.

Die Abschaffung der EU-Todesstrafe kann vermutlich nur über einem Austritt aus der EU erreicht werden. Ausführliche Details =>

<http://www.euaustrittspartei.at/medien/presseaussendungen/todesstrafe-eu-recht/>

6.7.: Tierschutz

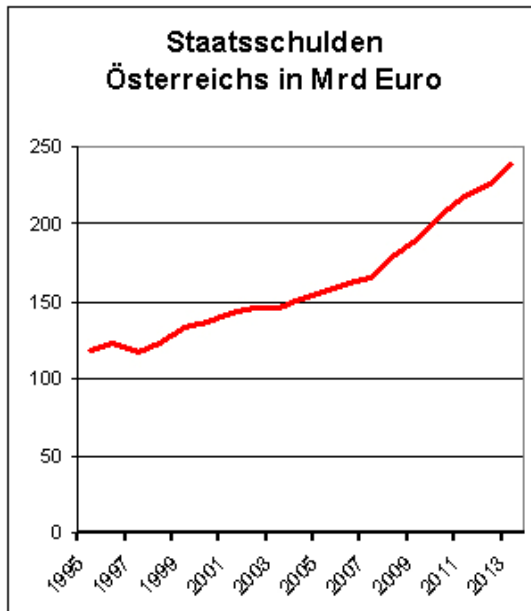
- * Österreich sollte die **Einhaltung des Tierschutzgesetzes ernst nehmen** und Verstöße streng bestrafen. Ein gutes Gesetz ohne Überwachung ist sinnlos.
- * Bisher erzielte Tierschutz Programme sind hauptsächlich Verdienste privater Initiativen und Vereine. Diese Bewegungen sollten in einem reichen Österreich nicht nötig sein, da es Aufgabe der Politik sein sollte, hier nach dem Rechten zu sehen.

- * Wir fordern gesunde und **artgerechte Tierhaltung** für regionale Versorgung, statt riesige Tierfabriken.
- * **Käfighaltungen für Tiere auf engstem Raum sind zu verbieten.**
- * **Massentiertransporte durch Österreich gehören verboten.**
- * **Verbot von Schächtung** (= Ausbluten des Tieres bei vollem Bewusstsein) und ein **Exportverbot für Lebendtiere** aus Österreich (insbesondere in die Türkei), da dort die jeweiligen Landesgesetze gelten und die sind weit entfernt vom richtigen Tierschutz.

Kapitel 7: Staatshaushalt Österreichs / Budget

* Der Staat Österreich sollte wieder die Bonitätsstufe AAA erreichen, da der Staat dann weniger Zinszahlungen (= Risikoprämie) leisten muss.

* **Österreich braucht Budgetüberschüsse und keine "Schuldenbremse"**. Denn "Schuldenbremse" heißt nichts anderes als neue Schulden, aber nicht ganz so viele, wie bisher. Durch die Schuldenbremse würden die Schulden weiter steigen! Nur Überschüsse verringern die Schulden.



* Die Parteienfinanzierung fördert die im Parlament befindlichen Parteien SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, NEOS, Team Stronach. Neue Parteien bekommen keine Parteienförderung. Somit ist die Parteienfinanzierung zu Lasten der Steuerzahler nicht nur teuer, sondern auch extrem unfair.

7.1.: Sparpaket: am besten durch Kürzungen bei Korruption, EU-Zahlungen, Parteiensubventionen

* Bekämpfung der Korruption. Diese kostet

dem Staat Österreich 26 Milliarden Euro pro Jahr (Quelle Uni. Prof. Schneider, Uni Linz). Ohne Korruption bräuchte Österreich gar kein Sparpaket für die Bevölkerung. (siehe auch Punkt 4.7. des Parteiprogramms)

- * Einstellung der Zahlungen an die EU. Ersparnis 2,6 Milliarden EURO jährlich.
- * Abschaffung der Parteienfinanzierung in Österreich: Ersparnis 300 Millionen Euro jährlich (Quelle: Kleine Zeitung vom 10.1.2010).
- * Streichung sämtlicher Regierungsinserate. Ersparnis: 100 Millionen Euro jährlich alleine bei den Zeitungsinseraten.
- * Keine Gehaltserhöhung für Beamte mit einem Monatsgehalt von über € 2500, solange es Budgetdefizite im österreichischen Staatshaushalt gibt.
- * Abschaffung der "Hacklerregelung" für Beamte.
- * Besser Sparen in der Verwaltung und nicht bei der Bevölkerung.

7.2.: Steuerpolitik: Verbesserungsmöglichkeiten für Österreich

1. Österreichisches Steuergeld muss in Österreich bleiben

Verhinderung der Steuerflucht aus Österreich.

Mehrwertsteuerbetrug verhindern.

2. Steuerbelastung reduzieren

2.a. Staatsausgaben senken

- EU-Austritt, Ausstieg aus EURATOM, ESM, EZB
- keine Einführung von EU-Steuern
- Streichung der Parteienförderung
- keine Steuergelder für Banken und Versicherungen
- massives Vorgehen gegen Korruption
- Streichung sämtlicher Werbeausgaben für Regierungsinserate + Lobbying
- Abschaffung der "Hackler-Regelung" für Beamte.
- Abschaffung der ÖBB-Privilegien

2.b. Steuern senken

- Mehrwertsteuerbefreiung für Lebensmittel

3. Neue Steuern einführen:

+ Mehrwertsteuer auf Flugbenzin. (Dieses ist derzeit steuerfrei).

+ Abschaffung der Steuerersparnis durch Gruppenbesteuerung, die internationalen Konzernen bis jetzt eine deutliche Steuerersparnis und somit Wettbewerbsvorteile bringt. Diese Benachteiligung der KMU gegenüber den internationalen Konzernen ist schleunigst zu beenden.

7.3.: Transparenz-Datenbank

* **Die EU-Austrittspartei begrüßt mehr Transparenz bei den Staatsausgaben, insbesondere bei den Förderungen.** Durch sogenannte "Förderungen" kommt es nämlich ganz schnell zu wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbsverzerrungen und Förderungsmisbrauch. Je mehr Transparenz es bei den Steuerausgaben gibt, desto besser kann man die Steuerausgaben optimieren und insgesamt mehr sparen.

* Korruption verursacht einen Schaden von 25 Milliarden Euro im Jahr, sagt Universitätsprofessor Schneider von der Universität Linz. Je höher die Transparenz, desto eher werden Korruptionsfälle aufgedeckt.

Kapitel 8: Verkehr

8.1. Abschaffung der PKW-Autobahnmaut in Österreich

Österreichische Autofahrer zahlen bereits genug Steuern für's Autofahren. Daher sollte laut EU-Austrittspartei die Autobahnmaut in Österreich abgeschafft werden.

Die Vorteile der Maut-Abschaffung sind:

Weniger Umweltbelastung: Durch die Abschaffung der Autobahnmaut würde sich Österreich auch den ganzen Umgehungsverkehr von Autobahnen durch die Gemeinden ersparen (= "Autobahnflüchtlinge"). Die Bevölkerung profitiert bei weniger Umgehungsverkehr durch die geringere Abgas- und Lärmbelastung.

Fairness: Weiters würden dadurch die Inländer nicht so wie bisher mehrfach zur Kassa gebeten werden. Die inländischen Autofahrer zahlen ohnedies schon die KFZ-Steuer, Autoversicherungssteuern und Umsatzsteuer aufs Auto

Inländische und ausländische Autofahrer zahlen auch jetzt schon Mineralölsteuer und Umsatzsteuer auf Diesel & Benzin. Das reicht aus, um den Straßenbau und Straßenerhalt zu finanzieren.

Weniger Bürgerüberwachung: Die Überwachung des Verkehrs sollte sich mehr auf das Auffinden von gestohlenen Autos konzentrieren, statt auf die Verfolgung von Mautprellern.

Finanzierung: Einsparungen bei der dann überflüssigen Autobahnüberwachung (ASFINAG-Verwaltung), kein Bau des teuren Lobautunnels in Wien, KOSTENNEUTRALE Erhöhung der Mineralölsteuer (d.h. in Summe darf es für die Autofahrer keine Zusatzkosten geben. Tatsächlich würde es für die Autofahrer sogar billiger werden, da die Verwaltungs- und Überwachungskosten wegfallen !).

Rechtlich möglich: Die Abschaffung der Maut wäre sogar EU-konform :-)

8.2.: Beschränkung des LKW Transits durch Österreich

Durch den EU-Beitritt Österreichs hat sich der LKW-Transitverkehr durch Österreich mehr als verdoppelt. Das hat massive Umweltschäden zur Folge. Anrainer leiden unter der Abgas- und Lärmbelastung des LKW-Transits. Das müßte nicht sein. Daher fordert die EU-Austrittspartei massive Beschränkung des LKW-Transitverkehrs durch Österreich, insbesondere auf der Brennerstrecke zwischen Deutschland und Italien, aber auch auf der West-Ost-Achse zwischen Deutschland und Ungarn bzw Slowakei.

8.3.: Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene

Dazu ist es notwendig, dass die ÖBB wettbewerbsfähiger wird. Die Kosten des Schienentransports müssen gesenkt werden. Dies wird unter anderem erreicht, wenn ÖBB-Bedienstete nicht mit 52 Jahren in Pension gehen dürfen bzw. aufgrund von Zwangspensionierungen sogar in Pension gehen müssen. Dieses Privileg ist auch unfair gegenüber Arbeitnehmern in anderen Branchen. Hier sollte man eine Gleichstellung anstreben. Ein wichtiger erster Schritt wäre, wenn die Post AG den Posttransport im Fernverkehr wieder auf die Bahn rückverlagern würde.

Kapitel 9: Wirtschaft

9.1.: Mehr Arbeitsplätze in Österreich durch Produktion im Inland

***Arbeitsplätze im Inland schaffen**, statt ins Ausland verlagern, nur weil es dort billiger ist. (Die niedrigeren Löhne im Ausland gehen meist auf fehlende Umweltstandards, Kinderarbeit, weniger Qualität, keine Kammerbeiträge, weniger Steuern usw. zurück.)

* Österreich braucht wieder **Einfuhrbeschränkungen und Zölle**. Es soll nicht jeder Schrott (bis hin zu giftigem Kinderspielzeug, gentechnisch verseuchten und radioaktiv verstrahlten Lebensmitteln) nach Österreich eingeführt werden können.

* Weiters soll es **Importverbote** für Waren geben, die es in Österreich ohnedies im Überfluss gibt z.B. Äpfel, Weintrauben, Getreide usw.

* **Regionalisierung statt Globalisierung**.

* Durch **Einfuhrbeschränkungen** würde auch der Transit-Irrsinn quer durch Europa abnehmen und die Bevölkerung würde dadurch weniger an Lärm und Luftemissionen leiden müssen.

- * **"Made in Austria"** sollte wieder beworben werden, damit Konsumenten auch wissen, welche Waren in Österreich produziert wurden. Mit dem Kauf von österreichischen Produkten werden österreichische Arbeitsplätze gesichert.
- * Massive Zuwanderungsbeschränkungen für Wirtschaftsflüchtlinge aus anderen EU-Staaten sind sinnvoll und notwendig.
- * Abschaffung der Parteibuchwirtschaft
- * Transparente Postenvergabe mit Ausschreibungen zur Vergabe der Stelle an den besten Kandidaten.

9.2.: Banken und Versicherungen

* **Keine Staatssubventionen und Haftungsübernahmen der Republik**

Österreich für Banken & Versicherungen. Wenn jemand rettungsbedürftig ist, dann sind es die Kunden der Banken- und Versicherungen, aber nicht die Banken. Der Staat - und somit in weiterer Folge die Steuerzahler - sollten nicht die Ausfallbürgen der Banken und Versicherungen, sein.

Staatssubventionen für Banken & Versicherungen bedeuten nicht "freien Wettbewerb", sondern einen "subventionierten Wettbewerb" und sind daher abzulehnen.

* **Wir fordern eine funktionierende Bankenaufsicht und Versicherungsaufsicht.**

Leider hat die SPÖ-ÖVP-Koalition aus dem vergangenen BAWAG-Skandal nichts gelernt. Die Finanzmarktaufsicht versagt wieder fundamental, wie man bei den letzten Skandalen bei der Hypo-Alpe-Adria-Bank, Kommunalkredit, Volksbanken (ÖVAG) usw. sieht.

* Wir fordern eine **Totalreform bei der Österreichischen Nationalbank (OeNB).**

Nicht nur die Privilegien sind jenseits jeder Vernunft (z.B. Luxuspositionen bis zu 32.000 Euro im Monat (!), sondern auch die Nationalbank hat in ihrer Rolle als Bankenaufsicht spektakulär versagt. Die OeNB sollte monatlich offenlegen, in welchem Ausmaß sie fremde Staatsanleihen und Derivate und sonstige angebliche "Wertpapiere" im Bestand hat.

Die Österreichische Nationalbank hat sich auf ihren eigentlichen Daseinszweck zu besinnen, nämlich für eine harte **österreichische Währung** mit niedriger Geldentwertung (Inflation) zu sorgen. Schilling- statt Euro-Währung bevor es den EURO als Währung nicht mehr gibt.

* **Mehr Wettbewerb am Kapitalmarkt:** keine Bank darf eine derartige marktbeherrschende Stellung und Macht haben, dass ihr Zusammenbruch einen Wirtschaftskollaps in Österreich bewirken könnte ("too big to fail"). Ansonsten ist der Staat von den größten Banken beliebig erpressbar.

* **Trennung von Geschäftsbanken und "Zockerbanken".** Nur bei den Geschäftsbanken sollen die Kunden bis zu 100.000 Euro gerettet werden.

* Wir fordern ein **spezielles Konkursverfahren** für Banken, Sparkassen und Versicherungen.

* Wir sind **gegen eine Bankenunion und die gemeinsame EU-weite Einlagensicherung**, denn Österreich müßte dann für marode Banken im Ausland ebenfalls mithaften und somit ist dann für die Rettung österreichischer Sparer möglicherweise zuwenig Geld da.

* **Gegen die Enteignung von Sparern zwecks Rettung der Banken, so wie das die EU vorsieht.** Ganz im Gegenteil. Die EU-Austrittspartei fordert, dass die Spar- und Bankguthaben durch die österreichische Einlagensicherung wie bisher abgesichert bleiben. Das Risiko eines Bankenkurses müssen die Aktionäre tragen.

* **Schutz der privaten Bankdaten.** Für eine größt-mögliche Aufrechterhaltung des österreichischen Bankgeheimnisses.

9.3.: Energiepolitik Österreichs

* Unser oberstes Ziel ist die **Energieautarkie** Österreichs, um vom Ausland unabhängig zu sein.

* Österreich sollte **mehr in die Energieeffizienz investieren** z.B. Wärmedämmung von Gebäuden, besserer öffentlicher Verkehr.

* Österreich sollte rasch auf den Ausbau **erneuerbarer Energiequellen** setzen: z.B. Solarenergie, Windenergie.

* Eine **dezentrale Stromversorgung** würde auf lange Sicht den Bau der heftig umstrittenen Hochspannungsleitungen reduzieren.

* **Keinen Stromtransit** durch Österreich. Auf dieses Geschäft sollten wir verzichten, da es ökologisch mehr Nachteile, als wirtschaftliche Vorteile hat.

* **Sofortiger Ausstieg Österreichs aus EURATOM**, dem EU-Forschungsprogramm für Atomstrom. Das würde Österreich ca. 40 Millionen Euro im Jahr an Mitgliedsbeiträgen ersparen.

* **Kein Schiefergasabbau** (z.B. im Weinviertel), da die Umweltrisiken zu hoch sind, die Bevölkerung dagegen ist und es im übrigen keine dauerhafte Energiequelle ist.

* **Das Verbot der Glühbirnen ist unverzüglich aufzuheben**, da Glühbirnen ungefährlich sind im Gegensatz zu den quecksilberhaltigen "Energiesparlampen". Es sollten bessere Alternativen geschaffen werden, aber keine Verbote von bewährter Technik verhängt werden.

9.4.: Handelsbilanz Österreichs verbessern



* **Eine positive Handelsbilanz würde viele Arbeitsplätze in Österreich schaffen.** Stattdessen werden derzeit durch das gigantische Handelsbilanzdefizit zig-tausende Arbeitsplätze in Österreich vernichtet und die Arbeitslosigkeit steigt.

* Zuletzt lag im Jahr 2012 das Handelsbilanzdefizit Österreichs bei 8,5 Milliarden Euro (= 117 Milliarden Schilling), das überwiegend durch Schulden finanziert wurde.

Das Ziel sollte zumindest eine **ausgeglichene Handelsbilanz** Österreichs sein.

* Bessere Handelsbilanz durch **Produktion im Inland**. Das schafft auch gleichzeitig neue Arbeitsplätze in Österreich.

* **Regionalisieren statt Globalisieren**. Das würde Arbeitsplätze in Österreich schaffen und nicht in China, Thailand, Indien oder in den Ost-EU-Staaten. Gleichzeitig sinkt die Umweltbelastung durch den Fernverkehr.

* **Energieselbstversorgung** Österreichs

* **Lebensmittel selbstversorgung** Österreichs

* **Investitionen in die österreichische Wirtschaft**, statt in die Bürokratie, Banken und Staatsverwaltung.

9.5.: Klein- und Mittelbetriebe (KMU) stärken:

* **Abschaffung der Zwangsgliedschaften** bei der Wirtschaftskammer & Landwirtschaftskammer, da diese den KMU mehr kosten, als sie bringen.

* **Keine Umverteilung mehr von Steuergeldern der Klein- und Mittelbetriebe**, hin zu Konzernen und Banken.

* **Steuertlastung der KMU**. Im Gegenzug Abschaffung der Exportförderungen, die fast ausschließlich den Großkonzernen zugute kommen und damit Wettbewerbsverzerrungen mit sich bringen.

* **Abschaffung der Steuerersparnis durch Gruppenbesteuerung**, die den internationalen Konzernen bis jetzt eine deutliche Steuerersparnis und somit Wettbewerbsvorteile bringt. Diese Benachteiligung der KMU gegenüber den internationalen Konzernen gehört raschest beendet.

* **Einfuhrbeschränkungen und Zölle für Waren, die in Österreich hergestellt werden sollten**, insbesondere bei Lebensmitteln und Energie.

* Ein **einfacheres Steuer- und Gewerberecht** würde zu Verwaltungsvereinfachungen führen, die Produktivität und letztendlich die Gewinne der KMU steigern.

9.6.: Landwirtschaftspolitik

Lebensmittel:

* Wir sind gegen die "EU-Einheitspflanzen", auch im weitesten Sinne.

* Wir fordern sortenreines, regionales, gentechnikfreies Saatgut.

* Die EU-Austrittspartei fordert die Aufhebung des Heilpflanzenverbotes

* Einfuhrbeschränkungen für Lebensmittel und Tiere: Die innerösterreichischen Lebensmittelproduzenten erzeugen mehr Grundnahrungsmittel, als wir verbrauchen können. Importe sind somit nicht notwendig.

* Importverbote von verstrahlten Lebensmitteln (z.B. aus Japan oder Ukraine)

* Gesunde Lebensmittel (ohne Gifte und Gentechnik)

* Anbauverbot von gentechnisch verändertem Saatgut

* Strengeres Lebensmittelgesetz und -kontrollen, wie vor dem EU-Beitritt

* Bessere Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel, damit der Konsument auch tatsächlich "Ja zu Österreich" sagen kann und österreichische Produkte kaufen kann

* Regionalisierung statt Globalisierung, gerade bei der Lebensmittelproduktion.

Landwirtschaft:

* Österreichische Bauern müssen von ihren landwirtschaftlichen Produkten leben können. Die Landwirtschaft muß wieder Priorität haben. Förderungen nur für kleine Betriebe. Das „Bauernsterben“ kann gestoppt werden, sobald Österreich aus der EU ausgetreten ist.

* Minimierung der Verseuchung von Boden und Produkten mit Pestiziden

- * Vermeidung von Tierqualen besonders in Massentierhaltung
- * Keine Patentierung von Pflanzen und den daraus hergestellten Lebensmittel
- * Schutz der Bienen vor Pestiziden
- * Stopp der Herstellung von Agrotreibstoffen (= Treibstoffen aus Lebensmitteln)
- * Stopp der Trinkwasservergiftung durch Pestizide und Überdüngung
- * Förderung von biologisch geführten Betrieben
- * Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft bei den Landwirtschaftskammern, da diese den kleineren und mittleren Bauern mehr kostet als sie bringt.
- * Abschaffung der unsinnigen Bestimmungen durch AMA usw. (z.B. Verbot von Rohmilchverkauf ab Hof.)

9.7. Wirtschaftskammern: Zwangsmitgliedschaft abschaffen

- * Die Wirtschaftskammer ist eine Lobbyingorganisation und Interessensvertretung im Sinne des § 1 Abs. 2 Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz.
- * Die zwangsweisen Kammerbeiträge bringen österreichischen Unternehmen Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Ländern, wo es diese Zwangsbeiträge bzw. Zwangsabgaben für die Kammern nicht gibt. Dies wirkt sich insbesondere bei Internetdienstleistungen sehr nachteilig für österreichische Firmen aus und ist daher sinnvoller Weise zu stoppen.
- * Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft bei der Wirtschaftskammer & Landwirtschaftskammer, da diese Lobbyingorganisationen sind.
- * Die Abschaffung der Zwangsbeiträge bei Kammern würde auch zu der Forderung von Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) passen, der vor der Nationalratswahl 2013 eine „Entfesselung der Wirtschaft“ forderte.
- * Die Wirtschaftskammern verwenden Gelder der Mitglieder unseres Erachtens zweckwidrig, z.B. für PRO-EU-Propaganda an Schulen und in Medien.
- * Weiterbestehen der Wirtschaftskammer auf Basis einer freiwilligen Mitgliedschaft soll möglich sein.

Kapitel 10: Bildung

10.1. Schulen:

- * **Keine EU-Propaganda an Österreichs Schulen.** (Es genügt die EU-Propaganda im ORF-Staatsfernsehen, wo beispielsweise die EU häufig als "Europa" großgeredet wird und EU-Kritiker als dumm hingestellt werden, so sie überhaupt zu Wort kommen.)
- * **Förderklassen für Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen**
Unzureichende Deutschkenntnisse ist eines der Hauptprobleme, warum Österreichs Schulniveau so abgesunken ist. Es ist verständlich, dass diese Kinder dem Unterricht nicht folgen können. Das ist auch für die Lehrer extrem belastend. Die Kinder und deren Eltern können nichts dafür. Der Staat Österreich versagt leider bei der Bereitstellung angemessener Schulen für diese Kinder.
Vorschlag: Aufnahmetest in Deutsch an allen Schulen und Angebot von Förderklassen und Förderkursen, um das sprachliche Defizit zu beheben.
- * **Schulrecht statt Schulzwang:** Es soll weiterhin das Recht auf eine kostenlose staatliche Schule für Kinder und Jugendliche geben. Der Schulzwang und allfällige Strafen für Kinder und Eltern sollte aber abgeschafft werden. Zwang ist kein guter Lehrer. Gegen den Schulzwang spricht: Unter dem Deckmantel der „Ausbildung“

werden derzeit den Eltern ihre Kinder großteils entzogen. Grundsätzlich soll der Staat den Eltern nicht die Kinder wegnehmen dürfen, auch nicht temporär. Die Eltern sollen entscheiden, was für ihre Kinder am besten ist und nicht der Staat mit seinen Zwangsinstitutionen.

10.2. Universitäten:

* Bevorzugung von österreichischen Studenten. Diese ist zwar nur bei einem EU-Austritt Österreichs möglich, hat aber einige Vorteile: Österreich würde in jene jungen Leute investieren, die nach Abschluß ihrer Uni-Ausbildung dann auch großteils in Österreich bleiben.

* Ca. 20% aller Studenten in Österreich kommen aus dem Ausland. Das sind über 50.000 und somit viel zu viele. Diese nehmen österreichischen Studenten den Studienplatz weg. Von ausländischen Studenten sollte daher eine Studiengebühr eingehoben werden. Es ist nicht einzusehen, warum die österreichischen Steuerzahler EU-ausländischen Studenten das Studium finanzieren sollen.

10.3. Bundesregierung & Schulverwaltung:

* Zusammenlegung des Wissenschaftsministeriums mit dem Bildungsministerium, aber keinesfalls mit dem Wirtschaftsministerium. Wissenschaft darf nicht von der Wirtschaft finanziell abhängig sein. Wissenschaft muß frei und unabhängig sein.

* Kompetente Minister: Der oder die Bildungsminister(in) sollte aus dem Bildungsbereich kommen und nicht wie in der vorigen Legislaturperiode aus der Bankenwelt (Fall Dr. Claudia Schmied, SPÖ).

Kapital 11: Privates & Konsumentenschutz

Keine Vorratsdatenspeicherung
Keine Weitergabe von Fluggastdaten
Biometrische Daten schützen
ORF-Zwangsgebühren abschaffen

Bankgeheimnis:

* Das Weiterbestehen des Bankgeheimnisses war bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1994 ein ganz zentrales Versprechen der damaligen SPÖ-ÖVP Koalition an die Bevölkerung. Die österr. Bürger hätten bei einer Abschaffung des Bankgeheimnisses vermutlich den EU-Beitritt abgelehnt.

* Die Privatsphäre der Menschen muß bestmöglich geschützt bleiben. Die Überwachung sollte auf das Notwendigste beschränkt werden. Laut Menschenrechtskonvention besteht ein Recht auf Schutz der Privatsphäre.

* Keinesfalls sollen Banktransaktionen (= Überweisungen) gegenüber dritten Personen (Behörden, Firmen, Privatpersonen) offengelegt werden müssen. Wenn, dann nur gegenüber Gerichten, wenn ein Strafverfahren gegen eine Person läuft.

* Ziele für die Verbesserung des österreichischen Bankensystems unter Punkt 9.2.

Ja zu Österreich – Nein zur EU !



Mehr Informationen zum **Parteiprogramm** der EU-Austrittspartei

=> <http://www.euaustrittspartei.at/parteiprogramm/>

Informationen zu den **Mißständen und Skandalen** in der EU

=> <http://www.euaustrittspartei.at/eu-nein-danke/>

Für uns **Rundschreiben anmelden**

=> <http://www.euaustrittspartei.at/internes/rundschreiben/>

Für den Inhalt verantwortlich: EU-Austrittspartei

Obmann: Mag. Robert Marschall, Telefon: 0676-403 90 90

Parteisitz: 2340 Mödling, Hauptstraße 2 / 1 (beim Bahnhof)

Spendenkonto: Kontoinhaber: EU-Austrittspartei

Bank: Sparkasse OÖ, Kontonummer: 321 00 204 000, Bankleitzahl: 20320

IBAN: AT85 2032 0321 0020 4000, BIC: ASPKAT2LXXX

Schlußwort:

Vielen Dank für das aufmerksame Lesen unseres Parteiprogrammes.

Wenn Sie der Meinung sind, daß es jetzt an der Zeit ist politisch etwas zu verändern, um den österr Bürgern wieder einen lebenswerten Raum zu schaffen, dann **empfehlen Sie es bitte weiter** in der Familie, an Freunde und Bekannte.

Für weitere Ideen und Verbesserungsvorschläge sind wir Ihnen sehr dankbar.

ENDE